

Soziales streichen? Stadion für 12 Mio. bauen?

Am 13.12.2005 hat der Rat der Stadt Velbert gegen die Stimmen der Linkspartei.PDS, der UVB und einiger SPD-Stimmen die Verwaltung mit der Errichtung eines Sportzentrums auf dem noch vollständig zu verfüllenden Deponiegebiet in der Röbbbeck beauftragt.

- Dieses Sportzentrum soll ein für
- 5000 Zuschauer geplantes Fußballstadion,
 - ein 1000 Stehplätze umfassendes Leichtathletikstadion,
 - zwei Fußballtrainingsplätze (jeweils ein Natur- und ein Kunstrasen),
 - eine Einfach- und eine Doppelsporthalle
 - sowie ein überdachtes Mehrzweckgelände umfassen.

heute nicht verkauft werden konnte.

Da die Verwaltung die Kosten für die Instandsetzung der Sonnenblume und der Sportanlage am Wasserturm auf 6 Mio. Euro beziffert, wäre der Neubau des Sportzentrums aus Verwaltungssicht „kostenneutral“. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, bemängeln die Gegner des Projekts, wie z.B. die *Linke.PDS*, aber auch eine Parteien unabhängige Bürgerinitiative. So tauchen z.B. die Kosten für Schülertransporte, die durch die Aufgabe der Sportanlage am Wasserturm entstehen (vier betroffene Schulen), in keiner Kostenrechnung der Verwaltung auf. Auch ist nicht ersichtlich, wie es möglich ist, dass sich trotz nur geringfügiger Abstriche vom ursprünglichen Entwurf, der 24 Mio. Euro kosten sollte und zu-



Stadion Sonnenblume nicht ausreichend?

Das soll alles 12 Mio. Euro kosten, wobei die Verwaltung damit rechnet, sechs Mio. Euro durch die Aufgabe und den Verkauf der Sportanlagen Sonnenblume und Wasserturm einzunehmen. Hierzu ist anzumerken, dass der ehemalige Borussiasportplatz, der mit der Eröffnung des Sportplatzes am Böttinger Platz des neuen SC Velbert geschlossen wurde und anschließend verkauft werden sollte, bis

sätzlich einen Leichtathletiktrainingsplatz sowie diverse Kleinigkeiten mehr umfassen sollte, die Kosten halbiert haben.

Die Kritiker befürchten hier, dass die tatsächlichen Kosten wesentlich über den von der Verwaltung geplanten liegen werden. Harry Gohr, für die *Linkspartei.PDS* im Rat der Stadt Velbert dazu:

Forts. auf S. 2

„Dieses Riesenprojekt lehne ich grundsätzlich ab.“

Ein Gespräch mit Gerhard Möller

Anfang Dezember 2005 gründete sich in Velbert die *Bürgerinitiative gegen Sportanlage*. Die dort engagierten Mitglieder und Mitbürgerinnen wollen die Errichtung der geplanten Großsportanlage auf der ehemaligen Mülldeponie verhindern. Sie sind der Meinung, dass Velbert sich ein solches Projekt nicht leisten kann. Mit einem der drei Sprecher, Herrn G. Möller, sprach unsere Redaktion.

Schlüsselbund: Herr Möller, als Vorsitzender der Sportfreunde Siepen sprechen Sie sich gegen den geplanten Bau der Sportanlage aus.

G. Möller: Das wird nicht zu bezahlen sein. Ich habe nichts dagegen, wenn für SSVg-Velbert eine neue Heimstätte geschaffen wird, aber dieses Riesenprojekt lehne ich grundsätzlich ab.

Schlüsselbund: Würde denn nicht eine solche Anlage das Ansehen und die Qualität des Standortes Velbert steigern?

G. Möller: Das glaube ich nicht. Ich befürchte eher, dass die umliegenden Großstädte uns für großwahnsinnig halten werden.

Schlüsselbund: Wie sehen Sie die Möglichkeit der ortansässigen Sportvereine die Anlage zu nutzen?

Forts. auf S. 3

Aus dem Inhalt:

Seite 2: Was ich alles bin... Glosse
Forts. von Seite 1

Seite 3: Forts. von Seite 1
Neues von der
Linkspartei Velbert
Kombilöhne: Spirale
nach unten

Seite 4: Linie 647
Wo bleibt das WC?
Kinderinteressen
Humor

Was ich nicht so alles bin, oder sein könnte, oder zu sein scheine...

Eine Glosse von S. Stoff

Kaum zu glauben, welche Fähigkeiten in einem stecken, das hätte ich nie von mir geglaubt. Da tönt doch die Zeitung mit den vier großen Buchstaben im letzten Jahr „Wir sind Papst“, also auch ich, denn „wir“ als persönliches Fürwort der ersten Person in der Mehrzahl bezieht alle ein.

Nun warte ich schon seit Monaten vergebens auf meinen neuen Wohnsitz in Rom, auf Papstmütze und Dienstwagen. Realistisch gesehen werde ich wohl vergeblich warten und nicht nur ich, sondern mit mir circa 80 Mio. andere Deutsche. Aber ich werde ja getröstet, denn dem ersten Schwachsinn folgt sogleich der zweite. Ich bin ja auch noch Deutschland. Da werde ich doch gar nicht gefragt, ob ich das sein will, sondern die ideologische Gagamaschinerie setzt mein Einverständnis voraus. Betrachtet man die Macher dieser Blödsinnskampagne stellt man fest, dass es sich ausschließlich um besser Verdienende handelt. Da finden sich Fußballstars, Figuren aus dem Showgeschäft und sogar der seriöse Moderator U. Wickert hat seinen Namen für diesen nationalen Unsinn hergegeben.

Gut, bei deren Einkommen ist man sicherlich gerne Deutschland, aber ist dabei eigentlich die Nationalität von Bedeutung oder das monatliche Salär? Mit dem Verdienst eines Topfußballers wie Asamoah wäre mir jegliche Nationalität egal, denn ich bräuchte mir über nichts mehr Sorgen zu machen. Haben die Macher und Macherinnen dieses Irrsinns auch mal Hartz IV-EmpfängerInnen gefragt, wie gerne sie Deutschland sind?

Oder die fünf Millionen Arbeitslosen? Oder die 1,5 Mio. Jugendlichen, die in Deutschland in Armut leben? Oder von Altersarmut Betroffene? – Ich glaube nicht.

Ich bin immer noch Deutschland und schaue mir das hier abgebildete Foto an.



Mich packt das nackte Grauen. Wie kann man so dämlich sein, einen Spruch abzugreifen, der dermaßen historisch vorbelastet ist?

Nun können einige Klugmeier sagen: „Muss doch mal Schluss sein mit der Vergangenheit!“ Kann man drüber diskutieren. Ich halte es aber für mehr als geschmacklos einen solch nationalistischen Schmutz zu übernehmen, um den Bürgerinnen und Bürgern eines demokratischen Staates Selbstbewusstsein zu geben.

Oder steckt da etwas anderes hinter? Damals, als er, der auf der Abbildung als Deutschland bezeichnet wird, an die Macht kam, gab es acht Millionen Arbeitslose im Land. Mehr als die Hälfte davon haben wir jetzt. Ich bekomme da Angst.

Da will ich nicht Papst, nicht Deutschland sondern nur ich selber sein, demokratisch, kritisch, sozial und links.

Trotzdem, schönes Jahr noch!

Forts. von S. 1

Stadion für 12 Mio.?

„Hier entstehen unabwägbare Kosten, die nachher an anderer Stelle wieder eingespart werden müssen. Deshalb befürchten wir, dass das Soziale aber auch der Sport in der Stadt in Zukunft wegen fehlender Mittel unter die Räder kommt.“ Harry Gohr weiter: „Können wir es uns leisten, den Haushalt dauerhaft für ein einziges Projekt, jährlich mit einer Zinsbelastung von mehr als 300.000 € zu belasten? Wir sagen, dass ist unverantwortlich gegenüber den Bürgern.“

Der Bürgerinitiative wie aber auch der **Linkspartei.PDS** ist es übrigens wichtig zu betonen, dass man nicht gegen den Sport sei. Nur stünden Kosten für die Stadt und damit auch ihre Bürger und der Nutzen, den hauptsächlich die SSVg 02 Velbert hat, in keinem Zusammenhang. Auch scheint ihnen die Dimension des Leichtathletikstadions angesichts der in Tönisheide bisher bei weitem nicht ausgeschöpften Kapazitäten reichlich überzogen. So spricht Michael Alfermann, Sprecher der Linkspartei.PDS-Velbert, davon, dass hier der Größenwahn am Werke sei. „Wir erleben hier schon wieder den Versuch der Stadtverantwortlichen mit den umliegenden Großstädten in Konkurrenz zu treten.“ Stattdessen setzen die Gegner vielmehr auf die Renovierung und Instandhaltung von bestehenden, dezentralen Sportstätten, die dem Breitensport eher dienlich sind. Denn, so bemängelt Michael Alfermann, weisen viele Sportstätten aber auch Schulen in Velbert trotz anerkannter Bemühungen der Stadt erhebliche Mängel auf. Finanziert werden soll dies auch durch den Verkauf der noch zu verfüllenden Deponiefläche, die bei einem Marktpreis von 45 Euro (laut Kämmerin) über 6 Mio. Euro einbringen würde.

Die Bürgerinitiative plant nun, das Sportzentrum per Bürgerbegehren und notfalls per Bürgerentscheid zu kippen. Hierfür hat sie bereits angefangen Unterschriften zu sammeln. Diese können u.a. an den Ständen der Bürgerinitiative geleistet werden. Die Linkspartei.PDS ruft zur Unterstützung der Bürgerinitiative auf.

Forts. von S. 1

G. Möller im Gespräch

G. Möller: Wir brauchen Sportstätten vor Ort, also dort, wo die Vereine beheimatet sind. Sportanlagen gehören dorthin, wo die Menschen leben, wo die Kinder und Jugendlichen sich in ihrer Freizeit aufhalten, also in die unmittelbare Nachbarschaft. Großanlagen dieser Kategorie sind in der Regel tagsüber geschlossen. Wir brauchen aber Anlagen, die auch über Tage von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können, damit diese nicht auf der Straße herumlungern.

Schlüsselbund: 12 Mio. Euro werden seitens der Verwaltung für die Sportanlage kalkuliert. Halten Sie den Betrag für realistisch?

G. Möller: Unter gar keinen Umständen. Ich schätze die Anlage zwischen 18 und 20 Mio. Euro.

Schlüsselbund: Immer mehr Menschen in diesem Land geraten in Armut. Ist es sozial verträglich eine solche Sum-

me für ein einziges Projekt auszugeben, ggf. aber soziale Kürzungen dafür in Kauf zu nehmen und kommunales Eigentum zu verkaufen?

G. Möller: Das ist nicht zu verantworten.

Schlüsselbund: Sie planen ein Bürgerbegehren gegen das Projekt einzuleiten.

G. Möller: Ja. Am 18.01.06 kommt die Bürgerinitiative gegen Sportanlage zusammen um die Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren zu starten. Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger unser Anliegen zu unterstützen und an unseren Infoständen ihre Unterschrift für die Durchführung eines Bürgerbegehrens abzugeben, damit dieses wahnsinnige Renommierprojekt verhindert wird. Wir brauchen diese Millionen an wichtigeren Stellen.

Schlüsselbund: Wir danken für das Gespräch.

Neues von der Velberter Linkspartei

Am 18.11.05 bereits fand die Jahreshauptversammlung der Basisgruppe statt.

Bei den Vorstandswahlen wurden Michael Alfermann, Abi Yijawi und Ingrid Schween zu gleichberechtigten Sprechern gewählt.

Ab 01.01.2006 hat die Partei endlich ein Büro! Es befindet sich an der Offerstrasse 14a. im Hinterhaus hinter der Augenärztin Dr. Rossa, Seiteneingang, über dem Stadtteilzentrum.

Dort werden bald Bürgergesprächstunden angeboten und es wird natürlich ein Telefon geben. Zeiten und Nummer standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Die normalen Basisgruppensitzungen werden einmal im Monat stattfinden.

Es sollen aber auch einmal im Monat größere, themenbezogene Veranstaltungen stattfinden, meist in der Flora.

Die erste ist am 10.2. um 19 Uhr dort, es geht um das Thema Hartz IV. Die Referenten standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest, bitte auf Tagespresse achten!

Kreisweit sind die Schwerpunkte der Partei dieses Jahr: HartzIV, Gaspreise, Schule und Kinderbetreuung. In Velbert außerdem die Unterstützung des Bürgerbegehrens gegen das Großprojekt Sportzentrum.

Impressum **Schlüsselbund**
erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
S. Stoff, Nordstr. 24,
42551 Velbert,

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Kombilohn: Spirale nach unten

Werner Dreibus, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraction im Bundestag, erklärte am 2. Januar 2006 zu den Kombilohn-Konzepten von Union und SPD:

Kombilohn schafft keine Arbeitsplätze. Kein Unternehmen beschäftigt Arbeitnehmer, weil sie „billiger“ oder „teurer“ sind, sondern nur, wenn (zusätzliche) Arbeit, also Nachfrage, vorhanden ist. Kombilohn ist eine Subvention für die Unternehmen, nicht für die Arbeitnehmer.

Die Unternehmen werden die Subventionen kassieren, Arbeitslose einstellen und bisher „zu teure“ Beschäftigte entlassen. Kombilöhne setzen damit zwangsläufig eine Lohnspirale nach unten in Gang. Dies schwächt die Nachfrage und führt zu Arbeitsplatzverlusten. Ganz abgesehen von den horrenden Kosten dieser neuen Subvention.

Deutschlands Perspektiven liegen nicht im unteren Entgelt- und Qualifikationsbereich, sondern bei qualifizierten Tätigkeiten, in Entwicklung und Forschung, Bildung und Erziehung, sozialen und kulturellen Kompetenzen, in unternehmens-, gesellschafts- und personenbezogenen Dienstleistungen. Dennoch muss auch für die große Zahl von unqualifizierten Langzeitarbeitslosen eine Lösung gefunden werden. Die Konzepte der Linksfraction sind klar:

- Öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu tariflichen Bedingungen (grundsätzliche Abkehr von Hartz IV),
- Ausbau eines modernen Dienstleistungssektors,
- gesetzlicher Mindestlohn und existenzsicherndes Grundeinkommen,
- Anspruch auf längeres Arbeitslosengeld für langjährig und ältere Beschäftigte,
- Reallohnsteigerungen und deutliche Erhöhung der Massenkaufkraft,
- Arbeitszeitverkürzung.

CDU und Grüne gegen neue Linienführung der 647 zum Rosenhügel

Einen besseren ÖPNV für die BürgerInnen im Stadtteil Siepen ist von Stimmen der CDU und Grünen im Hauptausschuss auf Grund von Mehrkosten abgelehnt worden.

Im Bezirksausschuss Neviges und im Umwelt- und Planungsausschuss wurde die Änderung der Linienführung mehrheitlich befürwortet.

Unser Ratsmitglied Harry Gohr hat im Bezirksausschuss Neviges die Verwaltung beauftragt mit den Verkehrsbetrieben Kontakt aufzunehmen.

Auch von den WSW wurde die vorgeschlagene Änderung begrüßt, da der Nahverkehr hier für die Bürger verbessert wird. Auch die Mehrkosten würden sich aufgrund höherer Fahrgastzahlen später ausgleichen.

Gohr wörtlich: „Seit über zehn Jahren verkehrt die Linie 647 im Spätverkehr über die Elsbeekerstraße zum Rosenhügel ohne Beschwerden der Anwohner. Aber wir leisten uns weiterhin am Tage, wenn die Bürger einkaufen und arbeiten müssen, die Linie 647 über 700 Meter am Wohngebiet vorbei fahren zulassen. Der Bus muss dahin, wo die Menschen wohnen, alles andere ist unsinnig.“

Wo bleibt das WC?

Der Stadtteil Neviges soll ja für die Bürger aus Nah und Fern attraktiver gestaltet werden, schließlich kommen ja viele Besucher und Pilger nach Neviges.

Im letzten Jahr wurde die alte Toilettenanlage abgerissen, da stehen jetzt die Glas- und Papiercontainer, aber von einem Neubau einer öffentlichen Toilettenanlage hört man von der Verwaltung nichts.

Sicherlich kostet eine Toilettenanlage wieder Geld, aber sie ist notwendig, weil die Bürger, die in Neviges einkaufen, doch die Möglichkeiten haben müssen, ihren Bedürfnissen nachzukommen. Andere Nachbarstädte haben hier schon selbst reinigende Anlagen im Betrieb, die den heutigen Anforderungen entsprechen.

Unser Ratsmitglied Harry Gohr wird im Bezirksausschuss nachfragen, wann die Toilette kommt.



Interessen der Kinder zweitrangig?

Die Stadt Velbert hat in Bonsfeld in der Uferstraße das Gelände eines Spielplatzes an ein Autohaus verkauft.

Dadurch ist der einzige Spielplatz in diesem Wohngebiet weggefallen. Dies kommentiert Michael Alfermann, Sprecher der Linkspartei.PDS-Velbert:

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit werden in letzter Zeit häufig Entscheidungen zu Gunsten der Wirtschaft getroffen. Dies ist auch nicht in jedem Fall kritikwürdig, wenn denn eine gründliche Abwägung der Nutzen und der zu erwartenden Schäden vorgenommen wurde.

Wäre in diesem konkreten Fall eine Firma nur durch Erweiterung ihrer Produktionsstätte auf diesen Spielplatz in der Lage gewesen, ihre Fertigung aufrecht zu erhalten, wäre die Beseitigung des Spielplatzes vielleicht zu rechtfertigen gewesen.

Wieso jedoch gerade ein Autohaus sein Betriebsgelände ausgerechnet auf diesen Spielplatz erweitern muss und darf, bleibt unverstänlich. Noch unverständlicher ist jedoch, warum die Stadt Velbert die Firma nicht verpflichtet hat, die Anlegung eines neuen Spielplatzes zu finanzieren. Für jegliche Abholzung und anschließende Überbauung von Waldfläche müssen Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt werden, warum nicht auch analog hier?

alf.

Humor ist, wenn man/frau trotzdem lacht...

Weiterentwicklung

Früher hieß es bei der CDU/CSU wenigstens noch „Freiheit oder Sozialismus“.

Seit Merkel geht es nur noch um „Freiheit statt Soziales“.

Verschärfung

Bekanntlich will Innenminister Schäuble zur Bekämpfung des Terrorismus den Strafrechtskatalog ausweiten. Allerdings haben die Arbeitgeberverbände in diesem Zusammenhang nichts zu befürchten:

Der derzeit bedrohlichste und flächendeckende Terror in Deutschland – die Vernichtung und Verlagerung von Arbeitsplätzen – bleibt weiterhin straf-frei.

Gammelfleisch

Bekanntlich hat der Bundesveterinär Seehofer jetzt als Hauptverantwortliche des neuesten Fleischskandals (Stand: 12 Uhr 43) das Billig-Einkaufen von Konsumenten ausgemacht.

Der größte Teil dieser Hauptschuldigen (Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Null-Rentner) soll darum umgehend wirkungsvoll gezwungen werden, endlich wieder teures Fleisch einzukaufen: nämlich mit der weiteren Kürzung des ALG II.

Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Deutscher Einheit(z)-Textdienst, Nr. 1-06 Infos erbitten unter: einheitstext@t-online.de